

Denkschrift Europa

Initiierung zu einer offenen Diskussion

Von Jürgen Rüttgers und Franz Josef Radermacher



Der Senat der Wirtschaft initiiert diese Denkschrift unter Federführung von Ministerpräsident a. D. Prof. Rüttgers und Prof. Radermacher, um den Senatsmitgliedern und den Partnern eine Plattform zur Einbringung ihrer eigenen Überlegungen zum Thema zu bieten und um der Politik eine Orientierung zur Zukunft Europas in einer Zeit zu geben, in der sich Europa in einer schwierigen Lage befindet. Wir hoffen, mit der Publikation das Denken in Politik und Gesellschaft positiv zu beeinflussen.

I.

Die Welt befindet sich in einer gefährlichen Schiefelage. Von vielen Seiten baut sich großer Druck auf. Es ist nicht selbstverständlich, dass der in vielen Ländern erreichte Wohlstand und das bestehende internationale Niveau an Kooperation gehalten werden können. Vermehrte Konflikte und Auseinandersetzungen sind denkbar. Die neue US-Politik, die im Handelsbereich einen mehr nationalen als multinationalen Kurs unter dem Motto „America First“ betreibt, beschädigt das System des weltweiten Freihandels. Der Klimawandel verschärft sich. Millionen Menschen verlassen ihre Heimat, um Armut und Not, Krieg und Bürgerkrieg zu entgehen. Das alles geschieht unmittelbar an den Grenzen Europas und wird unser Verhältnis zu Afrika und dem Mittleren Osten verändern. Millionen Menschen in den Lagern und Slums des Nahen Ostens und nördlich und südlich der Sahara leben ohne Hoffnung auf ein besseres Leben.

Auch die Gemeinschaft der freien Völker des „Westens“ tut sich schwer. Der äußere Druck hat die Solidarität zwischen den Partnern geschwächt. Bestimmte, als ungerecht wahrgenommene Verhältnisse, haben neue Konflikte entstehen lassen.

Die neue US-Politik, der Brexit, das Aufkommen eher populistischer Parteien, Veränderungen im Politikverständnis in mehreren, vor allem ost- und südosteuropäischen Staaten machen es schwer für den Westen, seine Einigkeit und seine Stellung in der Welt zu halten. Die USA setzt auf die eigene Stärke. Europa muss sich auf seine Kräfte besinnen, mehr Verantwortung übernehmen und seine Uneinigkeit überwinden.

Europa steht unter Druck – von außen und von innen. Es wird uns von vielen Seiten mehr abgefordert. Viele Menschen, gerade auch junge, sind dazu bereit. Sie wissen, wie wichtig ein starkes Europa für die Qualität unseres Lebens, für Prosperität, Freiheit und Fairness ist. Manche Mitgliedstaaten wollen aber nicht mehr Integration, sondern weniger, selbst da, wo sie große Vorteile aus den bisherigen Verhältnissen ziehen. Dabei sind die Herausforderungen klar: Wie erhöhen wir im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und das internationale Verbrechen unsere innere Sicherheit in Europa? Wie sichern wir unsere Außengrenzen und fördern zugleich die Entwicklung bei unseren Nachbarn? Wie stärken wir unser militärisches Potenzial und unsere internationale zivile Interventionsfähigkeit? Wie können wir zu einer nachhaltigen Entwicklung

Zentralismus ist keine Lösung. Zu viel Bürokratie auch nicht. Aber da wo Europa großen Mehrwert bringt, brauchen wir mehr Zuständigkeiten und mehr Geld für Europa. In den nächsten Jahrzehnten kann sich das Volumen von heute einem Prozent des EU-Bruttoinlandsproduktes in Richtung fünf bis zehn Prozent bewegen. Das soll und wird sich durch erzielte Einsparungen in den nationalen Budgets trotz erhöhter Leistungsfähigkeit Europas nicht kostensteigernd auswirken, wenn wir nicht Erhaltungssubventionen weiterzahlen und neue Ideen und Produkte behindern.

Verschwendung können wir uns nämlich angesichts der vielen Herausforderungen nicht erlauben. An vielen Stellen aus weniger Geld mehr machen, durch gemeinsame Lösungen, wie z. B. im digitalen Raum, im Militärbereich mit seinem teuren Equipment und in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Europa kann auch die Marktmacht der großen IT-Monopole aufbrechen. Das kann kein einzelnes Mitgliedsland.

Eine faire Besteuerung können wir in Zusammenarbeit mit unseren Partnerstaaten durchsetzen, den Schutz unserer Daten ebenso. Da haben der Europäische Gerichtshof und die europäischen Institutionen schon einiges erreicht. Skandale, wie jetzt bei Facebook, machen deutlich, dass wir in Europa auf dem richtigen Weg sind, z. B. mit der gerade in Kraft getretenen europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO).

Europa muss viel mehr tun, um seine Jugend in Arbeit zu bringen. In der Forschung und Industriepolitik steht Neues an, um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern.² Eine funktionierende Partnerschaft mit Afrika und den Maghreb-Staaten ist erforderlich, ebenso neue Gespräche mit Russland.

Es gilt, die Gunst der Stunde zu nutzen. Frankreich hat einen Präsidenten mit großen Plänen für Europa. Er ist bereit, neue Denkmuster zu wagen

und anzugehen, z. B. bei einer Devisentransaktionssteuer. Hier ist Präsident Macron bereit, die schon existierende französische Variante in eine europäische Lösung einzubringen, wobei die Steuermittel der EU zufließen würden – ein wichtiger Schritt zu einer gesünderen Finanzarchitektur für die EU. In Berlin hat sich eine handlungsfähige Regierung gebildet, die in ihrem Koalitionsvertrag ein klares Votum für Europa abgegeben hat. Wir hoffen, dass man in Berlin die Zeichen der Zeit versteht und Mut und Entschlusskraft zeigen wird. Wir hoffen ferner, dass ein harter Brexit vermieden werden kann und ein neues freundschaftliches Verhältnis entwickelt wird. Dass die EU-Staaten sich für den Haushalt 2020–2027 bemühen, auch im Brexit-Fall das bisherige Niveau zumindest zu halten, ist ein positives Zeichen. Aus all dem gilt es, ein politisches Programm zu entwickeln. Es gibt mutige Entwürfe für die Zukunft Europas, die sich durch Realitätsnähe auszeichnen. Wir wollen in unserer „Denkschrift Europa“ vieles davon aufnehmen und mit unseren eigenen Überlegungen verknüpfen. Dies geschieht insbesondere in folgenden Themenfeldern.

IV.

Europa Geschichte, Status quo und Vision. Wer sind wir? Was sind Stärken, was Belastungen?

Verfasstheit Europa ist heute schon ein teilsouveräner Staat. Es gibt ein europäisches Volk, das alle Unionsbürger umfasst, die im Europäischen Parlament über ihre Zukunft bestimmen. Es gibt ein Hoheitsgebiet, in dem die europäischen Verfassungsverträge und die europäischen Gesetze unmittelbar für alle Geltung haben. Jeder Unionsbürger kann seine Rechte beim Europäischen Gerichtshof einklagen. Die Demokratie und die Gewaltenteilung auf europäischer Ebene müssen aber gestärkt werden. Die Finanzbasis für die EU über die nächsten Jahrzehnte auch.

² Hinweis: Hier ist Ministerpräsident a. D. Prof. Rüttgers derzeit als Vorsitzender einer EU-„Independent High Level Strategy Group“ zum Thema besonders aktiv.

1. Wer ist Mitglied?

Kann die EU noch neue Mitglieder aufnehmen? Was ist mit unseren Nachbarstaaten auf dem Balkan? Wie definieren wir unsere Nachbarschaftspolitik dort, wo die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht möglich ist? Haben wir eine Vision für die Zusammenarbeit mit Afrika? Wie geht es weiter mit der Türkei, wie organisieren wir uns gegenüber dem Nahen Osten? Die Europäische Union braucht eine neue Nachbarschaftspolitik, die unseren Nachbarstaaten eine Zukunftsperspektive gibt. Die Mitgliedschaft in der Union kann nicht der einzige Weg sein.

2. Russland

Unser Verhältnis zu Russland muss verbessert werden. Dazu gehört ein tragfähiges Abkommen über europäische Nachbarschaftspolitik, das die Konflikte in der Ukraine und die Zusammenarbeit mit Russland zum Vorteil für alle regelt.

3. Steuern

Steuerharmonisierung in Europa, faire Besteuerung aller Wertschöpfungsprozesse, mehr eigene EU-Steuern, Regulierung des Finanzsektors. All das sind wichtige Themen. Zu lange wurde hier blockiert, teils mit fast schon ideologischen Positionen. Mit Präsident Macron gibt es jetzt eine Chance zu einer fundamentalen Veränderung.

Wie oben schon erwähnt, hat er z. B. angeboten, die französische Devisentransaktionssteuer in eine europäische Lösung einzubringen. Das ist der richtige Denkraum.

4. Innere Sicherheit

Die Sicherheit der Bürger im Inneren zu verbessern, ist wichtig. Die Außengrenzen sind besser zu schützen.

Um bessere Lösungen für eine gesteuerte Zuwanderung zu ermöglichen, brauchen wir eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik und ein Zuwanderungsgesetz in Deutschland.

5. Äußere Sicherheit

Mehr Verantwortung der Europäischen Union und mehr Kooperation der EU-Staaten sind erforderlich, um erhebliche Synergieeffekte zu erschließen, um aus dem eingesetzten Geld mehr zu machen. Parallel verlaufende Budgetzuwächse für Militär und Entwicklungszusammenarbeit sind wichtig, denn die zivile Seite der Konfliktbewältigung hat mindestens dieselbe Bedeutung wie die militärischen Beiträge der EU. Zudem gilt es die Interessen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu vernetzen. Anstrengungen in den verschiedenen Bereichen gleichzeitig und ausgewogen zu adressieren.

6. Industriepolitik / Digitalisierung

Wir brauchen ein „inklusives Wachstum“, das nicht nur das Bruttoinlandsprodukt steigert, sondern gleichzeitig alle Bevölkerungsteile an Produktivitätssteigerungen beteiligt, den industriellen Kern unserer Wirtschaft wettbewerbsfähig erhält, den Mittelstand stärkt, die Spaltung unserer Gesellschaft verhindert und unsere Umwelt und Lebenswelt schützt.

Die Förderung von Innovationen in vielen Bereichen, insbesondere auch bei digitalen Lösungen, ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Deutliche Verbesserung der Produktivität und der Wertschöpfungsfähigkeit der europäischen Industrie gemäß aktueller EU-Programmansätze, internationale Wettbewerbsfähigkeit auf Spitzenniveau, Digitalisierung in Europa fördern, Europa als digitalen Raum mit hoher Datensicherheit weiterentwickeln und einen einheitlichen digitalen europäischen Markt schaffen, sind dabei wichtige Projekte. Das Thema eines klugen Umganges mit künstlicher Intelligenz (KI) ist in Europa auch mit Blick auf vielfältige ethische Fragen und die Zukunft der Arbeit zu gestalten.

7. Klima / Energie

Notwendig ist eine bessere Lösung beim Aufbau einer sicheren, preiswerten und nachhaltigen Energieversorgung in Europa durch den Aufbau einer Energie-Union, durch europäische Netze und einen Zertifikatehandel in Europa. Weitere Stichworte sind z. B. die kluge Nutzung des Sonnenpotenzials in Nordafrika und den Maghreb-Staaten. Internationale Kooperationsprojekte im Klimabereich fördern, die massive Co-Benefits für Entwicklung erschließen. Den Milliarden-Joker Klimaneutralität ziehen, d. h., Europa über die freiwillige Klimaneutralität vor allem des Privatsektors als ersten klimapositiven Kontinent zu verwirklichen, ist ein motivierendes Ziel.³ Die Politik der EU-Staaten und der EU soll hier vor allem durch Motivation und Organisation der Privatseite wirken.

³ Hinweis: Hier ist Ministerpräsident a. D. Prof. Rüttgers derzeit als Vorsitzender einer EU-Strategiegruppe zum Thema besonders aktiv.

8. Marshallplan mit Afrika

Zur Lösung der Herausforderungen in Afrika in guter Partnerschaft beitragen. 20 Millionen neue Arbeitsplätze pro Jahr als Ziel. Hier ist in Deutschland bereits das Bundesministerium (BMZ) aktiv, ebenso der Senat der Wirtschaft mit eigenen Ideen und Vorschlägen. Die Sonne Afrikas soll für die Erzeugung von erneuerbarer Energie genutzt werden. Synthetische, klimaneutrale Kraftstoffe sollen wesentliche Wertschöpfungspotenziale in Afrika erschließen. In der Landwirtschaft soll eine „Revolution“ in Gang gesetzt werden, die hohe Produktivität mit positiven Klimaeffekten koppelt. Humusbildung und Biokohle spielen dabei eine große Rolle. Ebenso wichtig ist massive Aufforstung. Es werden im Klimabereich Negativemissionen erzeugt und Holz ist der Baustoff der Zukunft.

